



### Presseschau vom 15.05.2018

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voiceevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dnr-news, novorosinform u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken dan-news, lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir, UNIAN, Ukrinform, KorrespondentT und die Online-Zeitung Timer aus Odessa* ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind Nachrichtenquellen *aus den neuen Volksrepubliken im Donbass in Rot* (dnr-online, lnr-portal, Novorossia, dan-news, lug-info, dnr-news, novorosinform u.a.) und *ukrainische Quellen in Blau* (BigMir, Ukrinform, UNIAN, KorrespondentT und Timer) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe. Meldungen *aus Sozialen Netzwerken* sind *violett* gekennzeichnet.

Ausgewählt und übersetzt durch das Kollektiv der „Alternativen Presseschau“

### abends / nachts:

de.sputniknews.com: Nato-Angriff 1999: Serbien rollt die Ermittlungen wieder auf  
Das serbische Parlament prüft derzeit die Zusammensetzung einer Kommission, die sich mit Folgen der Nato-Bombardements der Bundesrepublik Jugoslawien im Jahr 1999 befassen wird. Das teilte Parlamentssprecherin Maja Gojkovic am Montag in Belgrad mit.

Zuvor hatte Präsident Aleksandar Vučić bei der Eröffnung einer neuen onkologischen Abteilung im Radiologischen Institut in Belgrad erklärt, dass der Einsatz von Munition mit abgereichertem Uran durch die Nato-Militärs die Hauptursache für die gestiegene Zahl der Krebskranken im Land ist. „Bösartige Tumore werden jetzt auch bei serbischen Kindern diagnostiziert, deren Eltern in den 1990er Jahren geboren wurden. Der Einsatz von abgereichertem Uran ist ein Verbrechen ohne gleichen“, betonte Vučić.

Gojkovic zufolge ist auch ein Bericht des italienischen Parlaments wichtig. Demnach waren italienische Militärs, die ihren Dienst im Nato-Kontingent im Kosovo und Metochien abgeleistet hatten, nach den Bombardements mit Gesundheitsproblemen konfrontiert. In Rom spricht man von 300 Krebstoten und rund 4.000 Krebskranken.

„Wir sind gegenüber den Bürgern Serbiens verpflichtet, ihnen nach einer detaillierten Analyse die Wahrheit über dieses Verbrechen zu sagen. Denn es geht um die Tötung von Menschen mit abgereichertem Uran nicht nur direkt physisch, sondern auch (genetisch) über Generationen hinaus.“

Die Sprecherin sagte ferner, dass die Kommission bis Ende dieser Woche gebildet werden soll. Als Kandidat für das Amt ihres Leiters sei der Abgeordnete und Arzt Darko Laketic vorgeschlagen worden. Auf der Basis des von der Kommission gesammelten Materials soll Serbien eine Klage gegen 19 Nato-Mitgliedsländer vorbereiten, die an der Aggression teilgenommen hatten.

Der bewaffnete Widerstand der albanischen Separatisten aus der Befreiungsarmee des Kosovo (UCK) gegen die Armee und Polizei Serbiens hatte 1999 Bombardements der Bundesrepublik Jugoslawiens (Serbien und Montenegro) durch die Luftwaffe der Allianz zur Folge. Die Angriffe dauerten vom 24. März bis 10. Juni.

Die genaue Zahl der Opfer ist nicht bekannt. Nach Schätzung der serbischen Behörden starben bei den Luftangriffen 2.500 Menschen, darunter 89 Kinder. 12.500 Einwohner wurden verletzt. Der Sachschaden wird auf 30 Milliarden bis 100 Milliarden US-Dollar geschätzt.

Die Militäroperation wurde ohne Billigung des UN-Sicherheitsrates beschlossen. Die Allianz begründete die Angriffe damit, dass die Behörden der Bundesrepublik Jugoslawien ethnische Säuberungen in der Kosovo-Autonomie durchgeführt und eine humanitäre Katastrophe in der Region ausgelöst haben sollen.

de.sputniknews.com: Wo sind die vergifteten Skripals? Briten verwehren Nichte erneut Einreise

Rund zwei Monate nach dem Giftanschlag auf den russischen Ex-Spion Sergej Skripal und seine Tochter Julia in Salisbury hat Großbritannien einer Angehörigen erneut die Einreise verweigert. Russische Diplomaten in London wissen unterdessen nicht, ob die beiden Anschlags-Opfer noch leben.

Viktoria Skripal hatte bereits Anfang April vergeblich versucht, nach Großbritannien zu reisen, um ihre Cousine Julia und ihren Onkel Sergej zu sehen. Die beiden waren Anfang März in Salisbury unter immer noch ungeklärten Umständen vergiftet worden. Ihr aktueller Verbleib ist nicht öffentlich bekannt.

Am heutigen Montag teilte Viktorias Ehemann Arsenij Elifantjew auf Sputnik-Anfrage mit, dass die britische Botschaft einen erneuten Visumsantrag seiner Frau ebenfalls abgelehnt habe.

„Ihr Antrag auf ein Einreisevisum für das Vereinigte Königreich wird abgelehnt, weil er nicht den Migrationsauflagen entspricht“, zitieren russische Medien aus der Antwort der britischen Botschaft.

Der russische Botschafter in London, Alexander Jakowenko, hatte sich in der vergangenen Woche beschwert, dass "Dutzende" seiner Anfragen an das Londoner Außenministerium ohne Antwort geblieben seien.

„Die Briten sagen uns, dass die Skripals nicht mit uns reden wollten“, sagte Jakowenko am Donnerstag. Er verwies darauf, dass die angeblichen Erklärungen der beiden über die britischen Behörden übermittelt worden seien.

„Wir haben sie nicht gesehen. Wir wissen nicht, wo sie sind, wie es ihnen gesundheitlich geht, ob sie aus eigenem Willen handeln, ob sie am Leben sind oder nicht.“

Der 66-jährige Sergej Skripal und seine Tochter Julia waren am 4. März dieses Jahres im britischen Salisbury bewusstlos aufgefunden und mit Vergiftungserscheinungen ins Krankenhaus gebracht worden. Von wem und unter welchen Umständen sie wirklich vergiftet wurden, ist unklar. Die britische Regierung behauptet, dass in den Giftanschlag auf die Skripals mit dem Stoff A-234 der russische Staat verwickelt sei. Russland weist diesen Vorwurf von sich und fordert eine unabhängige Aufklärung.

de.sputniknews.com: London: Diplomaten melden Anhaltungen und Befragungen von Russen durch Behörden

Die russische Botschaft in London hat eigenen Angaben nach von Fällen des grundlosen Anhaltens und Befragens von russischen Bürgern bei deren Einreise in Großbritannien durch Grenzsoldaten und Polizeibeamte erfahren.

Der Botschaft zufolge haben darüber jene Personen berichtet, die in das Land rechtmäßig, also mit gültigen Visa gekommen seien.

„Wenn Sie mit ähnlichen Problemen in den Flughäfen bei der Ankunft vor oder nach der Passkontrolle konfrontiert sind, melden Sie das bitte vertraulich per E-Mail an

info@rusemb.org.uk zum Zweck der Verhinderung einer möglichen diskriminierenden Verhaltensweise seitens der britischen Behörden gegenüber den russischen Bürger

Ende März hatte die diplomatische Vertretung vor einer eventuellen Zunahme antirussischer Stimmungen in Großbritannien gewarnt und von Reisen in das Land abgeraten.

Die Diplomaten gehen davon aus, dass die britischen Sicherheits- und Geheimdienstbehörden Besitzern von russischen Pässen an den Punkten der Ein- und Ausreise auf dem Territorium des Landes erhöhte Aufmerksamkeit schenken: Festnahmen unter Vorwänden, Forderungen, private elektronische Geräte zur Kontrolle vorzulegen, und Entzug von Dokumenten seien nicht ausgeschlossen, hieß es....

### **Vormittags:**

Lug-info.com: Die Kiewer Truppen in den letzten 24 Stunden **dreimal** die Positionen der Volksmiliz der LVR beschossen. Dies teilte die Verteidigungsbehörde der Republik mit. Zweimal wurde das Gebiet von **Kalinowo** beschossen, außerdem wurde das Feuer auf **Prischib** eröffnet.

Geschossen wurde mit 120mm- und 82mm-Mörsern, Schützenpanzerwaffen Granatwerfern und Schusswaffen.

de.sputniknews.com: Wegen „Friedensplan“: USA laden ukrainischen Ex-Parlamentsabgeordneten zu Verhör vor

Der ehemalige Abgeordnete der Obersten Rada (ukrainisches Parlament) Andrej Artemenko, der einen Plan unter anderem zur Aufhebung der Russland-Sanktionen entworfen hat, ist im Rahmen einer Ermittlung des Sonderermittlers zur Russland-Affäre, Robert Mueller, zur Abgabe von Aussagen vorgeladen worden. Dies berichtet die Zeitung „Politico“.

Laut Artemenko soll das entsprechende Verhör am Freitag stattfinden. Er hat laut dem Blatt keine Details enthüllt, betonte aber, dass man ihn nach seinem „Friedensplan“ zur Normalisierung der Beziehungen zwischen der Ukraine und Russland fragen könne. Über diesen Plan soll er im Jahre 2017 mit dem damaligen Sicherheitsberater von US-Präsident Donald Trump, Mike Flynn, gesprochen haben.

„Ich habe die Vorladung vorige Woche erhalten“, sagte Artemenko gegenüber dem Blatt. Zuvor war mitgeteilt worden, gegen den Abgeordneten der Obersten Rada Andrej Artemenko, der einen Plan zur Aufhebung der Russland-Sanktionen entworfen habe, sei nach seinen eigenen Angaben ein Einreiseverbot verhängt worden.

Am Montag hatte das Komitee der Obersten Rada den Entwurf der Anordnung gebilligt, laut der Artemenko das Abgeordnetenmandat vorfristig entzogen werden soll.

Anfang Mai wurde Artemenko aufgrund eines Erlasses des Präsidenten Petro Poroschenko die ukrainische Staatsangehörigkeit entzogen.

Zuvor hatte die amerikanische Zeitung „The New York Times“ berichtet, Artemenko habe einen „Friedensplan“ für Russland und die Ukraine entworfen und ihn dem vor kurzem zurückgetretenen Ex-Berater des US-Präsidenten Donald Trump, Michael Flynn, überreicht.

Der Plan sieht dem Blatt zufolge den Abzug aller angeblich in der Ost-Ukraine befindlichen russischen Streitkräfte vor. Außerdem soll in der Ukraine ein Referendum zur Verpachtung der Krim an Russland abgehalten werden. Der Kreml weiß laut dem Sprecher des russischen Präsidenten, Dmitri Peskow, jedoch noch nichts von diesem Plan.

[Ukrinform.ua: SBU nimmt Leiter des Büros von Ria Novosti in Kiew fest](#)

Der Sicherheitsdienst der Ukraine SBU hat illegale Aktivitäten eines Netzwerkes von Russland kontrollierten Medienstrukturen in der Ukraine entdeckt und den Leiter des Büros der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, festgenommen. Die Pressestelle des SBU bestätigt die Berichte von russischen Medien. Das Haus von Wyschinski sei durchsucht worden.

Die Sprecherin des Dienstes, Olena Hitljanska, teilte auf Facebook die Durchsuchungen im Büro von RIA Novosti Ukraine und die Festnahme von Wyschinski mit. Die Details des Falls werde der SBU in einigen Stunden veröffentlichen.

### de.sputniknews.com: **Kiew: Ukrainische Sicherheitskräfte erstürmen Büro von RIA Novosti Ukraine**

Mitarbeiter des ukrainischen Inlandsgeheimdienstes SBU haben das Büro der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine in Kiew erstürmt. Eine Journalistin, die sich dort befinden soll, meldet sich nicht mehr.

Am Dienstagmorgen klingelten an der Tür des Büros Leute in Uniform mit der Aufschrift SBU. Laut Augenzeugen sollen die Uniformierten mit einem Hebel das Gebäude betreten haben, in dem sich das Büro der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine befindet.

Aus dem SBU hieß es, dass nun die Ermittlungshandlungen in Bezug auf „Medienstrukturen, die von Russland kontrolliert werden“, vorgenommen würden. Laut der SBU-Pressesprecherin Elena Gitljanskaja haben „die Sicherheitskräfte festgestellt, dass sie vom Aggressor-Land im Rahmen eines Informationskrieges gegen die Ukraine genutzt worden sind“. Weitere Details sollen demnach später publik gemacht werden.

Zuvor war berichtet worden, dass am frühen Dienstagmorgen der Mitarbeiter der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, festgenommen worden sei. Mit dem festgenommenen Journalisten werden laut seinem Anwalt Ermittlungshandlungen vorgenommen.

Der Generaldirektor des Medienunternehmens Rossiya Segodnya, Dmitri Kissiljow, kommentierte die jüngste Festnahme so: „Die ukrainischen Behörden sollen den festgenommenen Journalisten von RIA Novosti Ukraine, Kirill Wyschinski, unverzüglich freilassen und mit der Jagd auf Medien aufhören. Das ist bereits nicht der erste Fall, wo das Kiewer Regime die Grundrechte und Freiheitsrechte unterdrückt, Journalisten verfolgt. In dieser Reihe stehen auch der Mord an unserem Kollegen Oles Busyna und die Verfolgung von Wassili Murawitski. Wir werden uns an internationale Strukturen, darunter auch die journalistischen und die OSZE, wenden, um zur Einstellung von Verfolgungen der Journalisten in der Ukraine beizutragen.“

Zuvor hatte der ukrainische Geheimdienst SBU dem Journalisten Sachar Winogradow die Einreise in die Ukraine für fünf Jahre verboten. Das ist nicht der erste Falle einer Sperre für russische Journalisten. 2015 stellte Kiew für 115 russische Medien die Akkreditierung bei ukrainischen Behörden ab und führte persönliche Sanktionen gegen den Generaldirektor von „Rossija Segodnja“, Dmitri Kiseljow, sowie gegen die Chefredakteurin von Sputnik und RT, Margarita Simonjan, ein.

Dem Pressefotografen Alexej Kudenko und dem Korrespondenten Andrej Malyschkin – beide von der Agentur RIA Novosti – wurde 2014 die Einreise verwehrt. Am 6. Mai 2017 war der Pressefotograf von der Agentur „Rossija Segodnja“, Ramil Sitdikow, zum ESC-Finale in der

ukrainischen Hauptstadt nicht zugelassen.

Die Ukraine verbot die Ausstrahlung der wichtigsten russischen Sender. Das russische Außenministerium bezeichnete die Handlungen Kiews als Verletzung der Medienfreiheit und rief die OSZE, die EU und die USA auf, auf die Verbote scharf zu reagieren. Laut dem Ministerium seien die doppelten Standards, die der Westen in dieser Situation verwendet, unzulässig.



<https://cdn2.img.sputniknews.com/images/30309/30/303093057.jpg>

de.sputniknews.com: Eine Woche nach US-Austritt aus Iran-Deal: Macron ruft Putin an  
Der französische Präsident Emmanuel Macron hat seinen russischen Amtskollegen Wladimir Putin am Dienstag angerufen, um die Situation nach dem Austritt der USA aus dem Iran-Atomabkommen zu besprechen.

Die beiden Staatschefs bekräftigten ihre Positionen, dass das Abkommen mit Teheran weiter eingehalten werden soll. Putin informierte Macron über sein Gespräch mit dem Chef der Internationalen Atomenergiebehörde (IAEA) Yukiya Amano am gestrigen Montag in Sotschi. Besprochen wurde auch die Regelung der Lage in Syrien.

Am vergangenen Dienstag hatte US-Präsident Donald Trump seine Drohung wahrgemacht und offiziell bekannt gegeben, dass die USA aus dem Atomabkommen mit dem Iran aussteigen. Zusätzlich werde es sehr harte wirtschaftliche Sanktionen gegen das Land geben, so Trump.

Dnr-online.ru: Täglicher Bericht über Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung für den Zeitraum von 14. Mai 3:00 bis 15. Mai 3:00

Die Vertretung der DVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination teilt mit: in den letzten 24 Stunden betrug die Zahl der Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte 18.

Das Territorium der DVR wurde in Verletzung der Minsker Vereinbarungen sowie der Vereinbarungen über einen Waffenstillstand mit folgenden Waffen beschossen ... (es folgt eine genaue Auflistung der Waffensysteme und Geschosse; Anm. d. Übers.).

In der Beschusszone von Seiten der ukrainischen Streitkräfte befanden sich die folgenden Bezirke/Ortschaften: **Gorlowka (Gagarin-Bergwerk, Sajzewo, Shelesnaja Balka), Donezk (Spartak), Dokutschajewsk, Jasinowataja.**

Wir merken an, dass am 15. Mai in der Folge eines Beschusses von Seiten der ukrainischen

Streitkräfte auf Dokutschajewsk das Haus in der Lenin-Straße 108, Wohnung 27 beschädigt wurde. Die Verglasung wurde beschädigt.

Die Gesamtzahl der von den ukrainischen Streitkräften abgeschossenen Geschosse betrug 401.

In den vorhergehenden 24 Stunden betrug die Zahl der auf das Territorium der DVR abgeschossenen Geschosse 534.

### de.sputniknews.com: **Wegen mutmaßlicher antisemitischer Äußerungen: Kiew beruft Konsul in Hamburg ab**

Kiew hat seinen Konsul in Hamburg, Wassil Maruschinetz, zeitweilig abberufen, um seine mögliche Beteiligung an der Veröffentlichung von antisemitischen Posts in sozialen Netzwerken zu überprüfen. Das gab der ukrainische Außenminister Pawel Klimkin am Dienstag bekannt.

„Wir haben ihn bereits zurückgezogen, um ein Disziplinarverfahren einleiten zu können. Wir müssen jedes Detail klären (...) Morgen kommt er nach Kiew, wir werden alles aufklären. Wenn sich alle Fakten bestätigen, so werden natürlich solche Leute keine Chancen haben, im Außenministerium zu bleiben“, sagte Klimkin gegenüber dem TV-Sender ATR.

Zuvor hatten ukrainische Medien unter Verweis auf den Blogger Anatoli Schari berichtet, dass Wassil Maruschinetz vom ukrainischen Generalkonsulat in Hamburg antisemitische Publikationen auf seiner Facebook-Seite veröffentlicht habe.

Dnr-online.ru: Das staatliche Unternehmen „Republikanischer Mobilfunkoperator Phönix“ tut alles, um die Nutzung des Mobilfunks für seine Abonnenten zu verbessern. Ab sofort sind die Beschränkungen der Zahl der Sim-Karten, die eine Person kaufen kann, aufgehoben, teilte das Unternehmen mit.

### **Nachmittags:**

de.sputniknews.com: Ukrainische Patrouillen-Polizei für Krim? Politiker sprechen von „Unsinn“

Im Gebiet Cherson ist eine Abteilung der „Patrouillen-Polizei auf der Krim und in Sewastopol“ eröffnet worden, wie die Gebietshauptverwaltung der nationalen Polizei der Ukraine auf ihren Facebook-Account mitteilt.

Die Polizisten werden der Mitteilung zufolge an Blockpostenstellen in den drei Landkreisen Genitschesk, Kalantschak und Tschaplinka, die an die Krim grenzen, ihren Dienst leisten. Sie sollen außerdem die Hauptverkehrswege kontrollieren, die das Festland mit der Halbinsel verbinden.

Die offizielle Zeremonie des Arbeitsstarts der „Krim“-Patrouillen-Polizei hat an der Postenstelle „Asow“ stattgefunden, die sich am Kilometer 500 der Automagistrale M18 Charkiw – Simferopol — Alushta – Jalta befindet.

Die Personaleinstellung hatte Ende April begonnen. Insgesamt sollen 60 Offiziersstellen geschaffen werden. Wie der Chef der ukrainischen nationalen Polizei, Sergej Knjasew, sagte, sollen diese Polizeikräfte mit den Bewohnern der Krim arbeiten, die das Territorium der Halbinsel verlassen haben.

#### *Reaktion auf der Krim*

Der Vizepremier und Minister für Innenpolitik, Fernmeldewesen und Information der Krim, Dmitri Polonski, der im Interview mit Sputnik Kiews neue Initiative kommentierte, hat sie als

Profanation und weitere Etappe bei der Schaffung virtueller Behörden bezeichnet. Er betonte, dass zum Studium der Tätigkeit dieser „Einheit“ internationale Institute herangezogen werden sollten. Derzeit gebe es keine Veranlassung, besorgt zu sein, dass die Arbeit der „Patrouillen“ irgendwie das Leben der Krim-Bewohner beeinflussen könnte, ergänzte er.

Der Vize-Vorsitzende des Krim-Parlaments, Jefim Fiks, meinte, die Aufstellung der Patrouillen-Polizei in der Ukraine erinnere ihn an einen Kindergarten, wo man sich Dinge ausdenke, die mit der Realität nichts zu tun hätten.

„Das alles erinnert an einen Kindergarten, wo man den Kindern Aufgaben stellt und sie sich Dinge ausdenken, die mit der Wirklichkeit unvereinbar sind“, so Fiks.

Die ukrainischen Behörden sollten ihm zufolge, statt Geld für den Unterhalt virtueller Strukturen auszugeben, lieber über den Wohlstand der eigenen Bürger nachdenken und diese Mittel „in die Anhebung der Löhne und Renten ihrer Bürger investieren“....

Dan-news.info: Die **Donezker Filterstation** ist vom 14. auf den 15. Mai wieder **in die Beschusszone geraten**, das Personal kann schon den zweiten Tag die Station nicht verlassen. Dies teilte der Pressedienst des kommunalen Unternehmens „Woda Donbassa“ mit.

„Während der Nacht vom 14. auf den 15. Mai befand sich die Donezker Filterstation in der Beschusszone. Es wurde die Verglasung des Gebäudes mit den Reagenzstoffen und des Verwaltungsgebäudes beschädigt“, teilt das Unternehmen mit.

Das Unternehmen teilte auch mit, dass die **OSZE-Beobachter** „sich heute **geweigert** haben, das **Personal, das zum Ablösung kommen sollte, zu begleiten**, deshalb bleibt die Nachtschicht für einen weiteren Tag zu arbeiten dort“.

de.sputniknews.com: Was USA zu Ausstieg aus Iran-Deal getrieben hat: Moskau kennt Gründe

Moskau ist überzeugt, dass Washington aus dem Atom-Abkommen mit Teheran aus Gründen ausgetreten ist, die mit dem Deal selbst nichts zu tun haben. Eines der Ziele könnte laut dem russischen Vizeaußenminister Sergej Rjabkow ein geplanter Machtwechsel in diesem Golf-Staat sein.

„Es gibt bereits zahlreiche Beispiele für solch eine Transformation der US-Politik – zunächst sind Parolen zur ‚Korrektur des Benehmens‘ zu hören, dann wird aber festgestellt, dass es (...) zu einem Machtwechsel durch Farbrevolutionen oder andere Tricks von sozial-politischem Engineering gekommen ist“, sagte Rjabkow am Dienstag gegenüber russischen Journalisten.

Außerdem wolle Washington den iranischen Ölmarkt einschränken, damit Teheran einen sehr großen Teil seiner Einnahmen verliere. „Wir sehen also eine mehrschichtige, mehrdimensionale Zielsetzung“, so der Vizeminister.

Die Staaten, die sich an den Atom-Deal weiterhin halten wollen, sollen nun eine weitere Entwicklung des Abkommens ohne die USA vereinbaren. Vieles hänge vor dem Hintergrund der US-Sanktionen gegen Teheran von der Bereitschaft der EU ab, eigene Wirtschaftsinteressen zu schützen. Die EU, Russland und China sind Rjabkow zufolge imstande, Bedingungen zu schaffen, um das Risiko bei der Kooperation mit dem Iran zu reduzieren. Sollte keine angemessene Entscheidung gefunden werden, sei ein Austritt des Iran aus dem Abkommen nicht ausgeschlossen.

Die Handlungen Teherans in der Region und das iranische Raketenprogramm rufen Rjabkow zufolge starken Widerstand in den USA hervor. Washington habe nun versucht, diese Fragen in den Vordergrund zu rücken und Zugeständnisse vom Iran zu erpressen. Doch der Grund, warum das Wiener Atom-Abkommen ausschließlich das Atomprogramm betraf, sei der Wunsch gewesen, das akuteste Problem zu lösen.

„Wenn wir jetzt diese Zutaten wieder in einem Topf mischen, kann ein Explosionsgemisch herauskommen, was wir eben fürchten“, sagte der Vize-Außenminister. Er betonte außerdem, dass immer neue Forderungen an den Iran nicht produktiv seien.

Am 8. Mai hatte Präsident Donald Trump seine Drohungen wahrgemacht und den Ausstieg der USA aus dem Atom-Deal mit dem Iran verkündet. Das EU-Trio Deutschland, Frankreich und Großbritannien hingegen will weiter an dem Abkommen festhalten.

Dan-news.info: Der gesellschaftliche Stab für die frontnahen Gebiete hat gemeinsam mit dem Gesundheitsministeriums der DVR in Staromichajlowka am westlichen Rand von Donezk eine mobile Apotheke organisiert. Dies teilte heute der Stab mit.

„Einwohner von Staromichajlowka haben sich an uns gewandt mit der Bitte, Besuche einer mobilen Apotheke zu organisieren. Das Gesundheitsministeriums hat auf Bitte des gesellschaftlichen Stabs für die frontnahen Gebiete heute die erste Fahrt eines Apothekenpunkts organisiert“, hieß es beim Stab.

Ab sofort wird die mobile Apotheke zweimal pro Monat den Ort besuchen. Die Einwohner können dort die notwendigsten Medikamente erhalten.

Staromichajlowka befindet sich in unmittelbarer Nähe zur Feuerlinie am westlichen Rand von Donezk. Zurzeit leben dort etwa 3500 Menschen. In der Ortschaft gibt es keine medizinischen Einrichtungen und Apotheken, deshalb bemühen sich die Behörden der DVR und gesellschaftliche Aktivisten, für die Bevölkerung wenn irgend möglich Bedingungen für ein normales Leben zu schaffen. Bereits zuvor war in der Ortschaft auf Bitten der Einwohner eine regelmäßige Sprechstunde von Ärzten organisiert worden.

de.sputniknews.com: Darum will Putin Sanktionsfrage mit Merkel und Macron nicht anschneiden

Russlands Präsident Wladimir Putin will laut seinem Sprecher Dmitri Peskow bei den bevorstehenden Treffen mit seinem französischen Amtskollegen Emmanuel Macron und der deutschen Bundeskanzlerin Angela Merkel das Thema Sanktionen nicht anschneiden.

„Unser Präsident hat bereits mehrmals gesagt: Die Frage in Bezug auf die Sanktionen ist nicht unsere Frage und keine Frage unserer Tagesordnung. Die russische Seite hat diese Frage nicht zur Sprache gebracht und hat auch nicht vor, dies zu tun, zumal wir die Einschränkungen vom Standpunkt des Völkerrechtes aus für illegitim halten“, sagte Peskow am Dienstag vor Journalisten.

Wie er weiter ausführte, hatte nicht Russland die Sanktionen verhängt bzw. initiiert, weshalb es diese Debatte auch nicht initiieren müsse.

„Zugleich warten wir natürlich mit Ungeduld und bereiten uns auf die bevorstehenden Verhandlungen vor – sowohl auf die russisch-deutschen als auch die russisch-französischen. Das sind sehr wichtige Gespräche mit unseren Partnern in Europa“, so Peskow.

Zuvor hatte Putins Berater Juri Uschakow mitgeteilt, Putin und Macron sollen sich am 24. und 25. Mai im Rahmen des Petersburger Wirtschaftsforums treffen.

Ferner hatte Uschakow gesagt, Merkel werde am 18. Mai zu einem Besuch in Sotschi erwartet und dort mit Putin den iranischen Atom-Deal, die Regelung des Syrien-Konfliktes und die Ukraine-Krise besprechen.



<https://cdnde2.img.sputniknews.com/images/31651/20/316512077.jpg>

ukrinform.ua: Außenminister Klimkin ruft Ukrainer zu WM-Boycott auf  
Der Außenminister Pawlo Klimkin hat die Ukrainer aufgerufen, nicht zur Fußball-Weltmeisterschaft in Russland zu fahren.

Auf Twitter schrieb der Minister über die WM, Provokationen seien dort garantiert, die Sicherheit werde aber niemand garantieren.

Die Fußball-Weltmeisterschaft 2018 findet in Russland vom 14. Juni bis zum 15. Juli 2018 statt.

de.sputniknews.com: ARD-Dopingexperte Seppelt bekommt sein Russland-Visum doch  
Offenbar wird der Dopingexperte der ARD Hajo Seppelt die Fußball-WM in Russland vor Ort miterleben dürfen. Wie Sputnik am Dienstag aus Quellen in Berlin erfuhr, erhält er nun doch ein Visum. Diese Information hat das Auswärtige Amt mittlerweile bestätigt.

Zuvor hatte sich der Vorsitzende des russischen Journalistenverbandes Wladimir Solowjow für die Ausstellung eines Einreisevisums für den deutschen Journalisten Hajo Seppelt ausgesprochen, damit der „Doping-Enthüller“ die Fußball-WM 2018 in Russland doch besuchen kann.

Allerdings sollte dies laut Solowjow unter einer bestimmten Voraussetzung passieren: „Nur muss ihm ganz bestimmt Personenschutz bereitgestellt werden, damit Kenner seines ‚journalistischen Talents‘ ihn nicht zufällig verprügeln.“

Am Freitag hatte die ARD bekannt gemacht, Russland habe das Visum für ungültig erklärt, das Seppelt für die Fußball-WM 2018 beantragt habe. Seine Kollegen vom Deutschen Journalisten-Verband stuften diese Entscheidung als Einschnitt in die Pressefreiheit ein. Auch der parlamentarische Staatssekretär im Bundesinnenministerium Stephan Mayer kritisierte das Einreiseverbot scharf.

Mitte April hatte Seppelt von neuen bevorstehenden Sanktionen für russische Athleten gesprochen.

Armiyadnr.su: Bericht des stellvertretenden Kommandeurs der Streitkräfte der DVR Eduard Basurin

Die Lage an der Kontaktlinie **bleibt angespannt.**

Der Feind schießt weiter **verstärkt in Richtung Gorlowka**. In den letzten 24 Stunden gerieten die Gebiete von **vier Ortschaften** und das Feuer der ukrainischen Terroristen. Die ukrainischen Faschisten haben dieses Mal schwere Artillerie verwendet und 25 Artillerieschüsse auf das Gebiet von Golomowskij und das Gagarin-Bergwerk abgeschossen und außerdem 115 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm und 43 des Kalibers 82mm abgeschossen. Außerdem hat der Feind Schützenpanzerwaffen, verschiedene Arten von Granatwerfern und Schusswaffen verwendet. Die ukrainischen Mörder schränken ihre verbrecherischen Handlungen nicht ein.

Die Verwendung von großkalibriger Artillerie erfolgt wahrscheinlich aus Anlass des Besuchs der besonderen Vertreters der US-Außenministeriums K. Volker in Begleitung Poroschenkos in der Zone des militärischen Konflikts. Mit diesen Handlungen zeigen die ukrainischen Strafruppen, dass sie die Vereinbarungen, die unter Vermittlung der Regierungschefs Frankreichs, Deutschlands und Russlands unterzeichnet wurden, vollständig missachten. Faktisch bringen die ukrainischen Besatzer Terror über das Land des Donbass und beweisen allen, dass man der Regierung dieses Staates nicht trauen kann. Er ist nicht in der Lage, internationale Vereinbarungen zu erfüllen und erfreut sich auch absolut keines Respekts unter seinen Kämpfern.

Informationen über Folgen der Artilleriebeschüsse werden noch ermittelt.

**In Richtung Donezk** haben die ukrainischen Besatzungskräfte die Gebiete von **Dokutschajewsk, Jasinowataja und Spartak** mit Schützenpanzerwaffen, Granatwerfern und Schusswaffen beschossen.

**In Richtung Mariupol** hat der Gegner auch 122mm-Artillerie verwendet und etwa zehn Geschosse auf das Gebiet von **Kaszoje** abgeschossen.

Nach Informationen unserer Aufklärung ist vom **16. bis 18. März 2018** in der Zone der Besatzungsoperation der **Besuch von Vertretern von Spezialoperationskräfte der US-Streitkräfte und des Assistenten des Militärattachés der USA in der Ukraine Major R. Pool geplant**. Diese Personen planen Spezialoperationseinheiten der ukrainischen Streitkräfte in der Operationszone im Donbass zu besuchen, sich mit den Ergebnissen der ausgeführten Aufgaben bekannt zu machen sowie Unterstützung bei der Vorbereitung weiterer Provokationen und Diversionen zu leisten.

Es liegen Informationen vor, dass das ukrainische Kommando die Absicht hat, den amerikanischen Spezialisten vorzuschlagen, eine Reihe von Positionen an der Front zu besuchen, wo versucht wird, sie unter Feuer geraten zu lassen und unsere Einheiten zum Beschuss provozieren. Nach Meinung der ukrainischen Regierung helfen Verluste und US-Militärs Kiew, die Notwendigkeit zu begründen, dass die Ukraine tödliche Waffen erhalten muss.

Die ukrainischen Truppen führen weiter Maßnahmen zur Vorbereitung auf eine Aggression vor. Am 14. Mai sind im Stationierungsgebiet der 3. Artillerieabteilung der 43.

Artilleriebrigade, die sich in der operativen Reserve befindet, 203mm-Geschütze 2S7 Pion eingetroffen sind. Ihre Positionen befinden sich 13 km vom ständigen Dislozierungsplatz im Gebiet von Dnjeproenergija (westlich von Kurachowo), um vier Feuerschläge auf das Territorium der DVR verüben zu können. Wir merken an, dass die Entfernung dieser Mittel von der Kontaktlinie weniger als 50km beträgt, d.h. sie sind innerhalb der Verbotszone.

Wir lenken die Aufmerksamkeit der Vertreter der OSZE-Mission auf diese Tatsache sowie auf das Gebiet, wo die verbrecherische ukrainische Armee ihre Artillerie versteckt. Ihre Wachsamkeit kann das Leben friedlicher Einwohner des Donbass erhalten.

In der ukrainischen Armee in der Zone der Besatzungsoperation sind die Kennziffer der Kriminalität seit dem Zeitpunkt ihrer Umbenennung merklich gewachsen. Nach Daten einer Analyse des Zustands der Rechtsordnung, die vom Kommando der OOS durchgeführt wurde, wurden im Zeitraum vom 1. bis 7. Mai 2018 14 Straftaten registriert (im Zeitraum vom 25.04-01.05.2018 waren es 8 Straftaten). 30% der Gesamtzahl der Rechtsverletzungen, die von

Soldaten begangen wurden, sind Straftaten, die mit ungesetzlichem Handel mit Betäubungsmitteln zusammenhängen.

Außerdem wurden nach realen Daten von Mitarbeitern des militärischen Rechtsordnungsdienstes gemeinsam mit der Nationalpolizei der Ukraine vom 1. bis 7. Mai wegen administrativen Rechtsverletzungen 47 ukrainische Kämpfer festgenommen, was 32% mehr sind als in der vorangegangenen Periode (32 Fälle). Wegen Verstößen gegen die Straßenverkehrsordnung hat die militärische Sicherheitsinspektion 30 Protokolle aufgenommen (14 im vorangegangenen Zeitraum), davon eines wegen Führens eines Fahrzeugs in betrunkenem Zustand.

Solche Kennziffern diskreditieren klar den Kommandeur Najew, der das Personal der Willkür des Schicksals überlassen hat und sich nur mit eigenen PR-Maßnahmen befasst. Er gibt Anweisungen, für ihn ungünstige Kennziffern zu korrigieren. Nach der Korrektur betrogen die Daten über Kriminalität in der OOS-Zone, die an den übergeordneten Stab übergeben wurden, in der letzten Woche 6 Straftaten und in der Woche davor 8. Was das Bild vollständig ändert, weil es eine Verbesserung der Kennziffern zeigt.

Ukrinform.ua: Kurt Volker trifft sich im Donbass mit Kommandeur der Vereinigten Kräfte Najew

Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine, Kurt Volker, ist am Dienstag im Gebiet der Operation der Vereinigten Kräfte im Donbass eingetroffen.

Dort traf er sich mit dem Kommandeur der Operation der Vereinigten Kräfte (OVK), Serhij Najew, gibt die Pressestelle der OVK bekannt. Najew habe sich bei Volker für die Unterstützung der Partner im Kampf mit der russischen Aggression bedankt.

In der Nähe von der Konfliktlinie wird Najew der Pressestelle zufolge dem US-Sonderbeauftragten über die militärische und humanitäre Komponente der Operation berichten. Beide würden auch die Sicherheitslage in der Ostukraine und Wege zur friedlichen Lösung des Konflikts besprechen.

Das ist ein erstes Treffen von Najew mit Volker seit Beginn der Operation der Vereinigten Kräfte.



[https://static.ukrinform.com/photos/2018\\_05/thumb\\_files/630\\_360\\_1526375705-1100.jpg](https://static.ukrinform.com/photos/2018_05/thumb_files/630_360_1526375705-1100.jpg)

Mil-Inr.info: Pressekonferenz des offiziellen Vertreters der Volksmiliz der LVR Oberstleutnant

A.W. Marotschko

Die Situation im Verantwortungsbereich der Volksmiliz der LVR **bleibt angespannt**. In den letzten 24 Stunden haben die ukrainischen Terroristen dreimal das Regime der Feuereinstellung verletzt.

Beschossen wurden die Positionen unserer Einheiten in den Gebieten von **Kalinowo und Prischib**.

Die Strafruppen der 14. und 53. Brigade der ukrainischen Streitkräfte haben unter Kommando der Kriegsverbrecher Shakun und Grusewitsch während der Beschüsse 120mm- und 82mm-Mörser, Schützenpanzerwaffen, Granatwerfer verschiedener Art und Schusswaffen verwendet.

Insgesamt wurden mehr als 60 verschiedene Geschosse auf das Territorium der Republik abgeschossen.

Die Informationen darüber, dass die Besatzer der ukrainischen Streitkräfte die örtliche Bevölkerung auf den von Kiew kontrollierten Territorien misshandeln und terrorisieren und auch die übernommenen Verpflichtungen nicht einhalten, werden in den OSZE-Berichten bestätigt. So erschien im am 14. Mai veröffentlichten Bericht die Information, dass Mitarbeiter der Mission Schützenpanzer, Abwehrgeschütze, frisch gegrabene Schützengräben und andere Anzeichen militärischer Anwesenheit in der Sicherheitszone in Solotoje entdeckt haben.

Am 7. Mai hat die Mission in von den ukrainischen Streitkräften kontrollierten Gebieten Schützengräben 1 Meter vom Zaun eines Wohnhauses entfernt entdeckt sowie bewaffnete ukrainische Soldaten, die in andere Häuser gingen und sich im Hof befanden.

Dies bestätigt ein weiteres Mal die Tatsache, dass die Einheiten der ukrainischen Streitkräfte sich in Wohngebieten von Ortschaften einrichten, um die örtliche Bevölkerung als lebendes Schild zu verwenden.

Im Vorfeld der Arbeit des stellvertretenden Leiters des OSZE-Mission A. Hug im Bereich der OOS beschießt das ukrainische Kommando weiter unser Territorium, um die Einheiten der Volksmiliz der LVR zur Eröffnung des Feuers zu provozieren, um sie in der Folge der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. So wurde bekannt, dass der Kommandeur der 54. mechanisierten Brigade Oberst Majstrenko am 14. Mai seinen Untergebenen den Befehl gab, das Territorium der Republik mit Waffen zu beschießen, die in den Wohngebieten von Troizkoje stationiert sind.

Wir stellen weiter ein Absinken des moralisch-psychischen Zustands in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte fest. Eine Bestätigung dafür ist ein weiterer Fall von Desertion in den Reihen der ukrainischen Streitkräfte.

In Solotoje hat ein Soldat der 14. mechanisierten Brigade der ukrainischen Streitkräfte den Druck von Seiten des Kommandos und die Erniedrigungen von Seiten von Kameraden nicht ertragen und den Truppenteil verlassen und ein Maschinengewehr und Munition und vier Granat F-1 mitgenommen. Das Brigadekommando verheimlicht das Vergehen vor dem übergeordneten Kommando der operativ-taktischen Gruppe und der OOS.

Die Volksmiliz der LVR hält die Minsker Vereinbarungen und die Verpflichtungen zur friedlichen Regelung des Konflikts genau ein. Dennoch behalten wir uns das Recht vor, im Fall einer militärischen Aggression von Seiten des Gegners operativ mit Gegenmaßnahmen zu reagieren und den Feind entschieden abzuweisen.

de.sputniknews.com: Ukraine: Eine Billion Dollar steht ins Haus – oder wie Poroschenko sich bereichert

Njura N. Berg

Eine Geldlawine rollt auf die Ukraine zu, wie jüngst ein Showtalent im ukrainischen Fernsehen erklärte. Die Ukrainer müssten sich nur zusammenreißen und endlich Kiews Reformen über sich ergehen lassen. Ob der ukrainische Präsident davon profitiert, ist fraglich.

Er erklärte nämlich kürzlich, Geld interessiere ihn eigentlich nicht.

Die Ukrainer würden in weniger als einem Jahr nach der Präsidentschaftswahl ihr Land nicht wiedererkennen, proklamierte neulich der ukrainische Medienstar Dmitri Gordon im Fernsehen. Unter Berufung auf namentlich nicht genannte Quellen versprach er, dass „über 600 Milliarden Dollar bereitstehen“, um in die Ukraine zu fließen, vorausgesetzt es würden endlich „notwendige Reformen“ vorgenommen. Das Sümmchen entspricht übrigens, zum Vergleich, etwa den Jahreseinnahmen des kanadischen Fiskus.

Nun ist Dmitri Gordon ein sehr rühriger ukrainischer Wahrsager – selbst die Krake Paul sieht angesichts seiner hellseherischen Fähigkeiten alt aus. Mehrmals im Jahr verspricht Gordon beispielsweise, Russland werde bald komplett zerfallen. Dass diese Prognosen nicht eintreten, bringt ihn aber kein bisschen in Verlegenheit, beruft er sich bei seinen Vorhersagen doch stets auf höchste und kompetenteste Stellen, die selbstverständlich allerstrengstens geheim gehalten werden müssten.

Als aber die Zuschauer die 600-Milliarden-Dollar Vision von Dmitri Gordon nicht glauben wollten und verspotteten, klickten sich ukrainische Patrioten in die Onlinediskussion ein, um dem argwöhnischen Publikum zu versichern, dass 600 Milliarden doch eigentlich Peanuts seien. Denn bald schon werde Russland 500 Milliarden Dollar an Reparationen an die Ukraine zahlen. Und dafür seien überhaupt keine Reformen notwendig. Alles in allem stünden also 1 Billion und 100 Milliarden US-Dollar ins ukrainische Haus, man müsse nur die Tür aufmachen.

Doch während das Land hoffnungsfroh auf den Geldsegen wartet, erklärt der ukrainische Präsident Petro Poroschenko im Interview mit dem „Focus“ überraschend, dass er persönlich Geld gar nicht so liebe. Mehr noch: Auch Oligarchen liebe er nicht, und werde nicht zulassen, dass auch nur einer von ihnen auf irgendetwas Einfluss nehmen könne. Was Poroschenko aber liebt, das ist wohl die Heimat: Er sei bereit, sein Leben für die Ukraine zu opfern, betonte der Präsident im „Focus“-Interview.

Wie es um Poroschenkos erklärte Abneigung gegenüber dem Geld wirklich steht, ist eines prüfenden Blickes wert. Denn das Vermögen des ukrainischen Präsidenten ist in der ganzen Zeit, in der er öffentlich präsent ist, kontinuierlich und exponentiell gewachsen. Ungeachtet dessen, dass Petro Oleksijowytsch in den letzten 20 Jahren pausenlos hohe Staatsämter bekleidete, die jedwede unternehmerische Nebentätigkeit ausschließen, ist die Liste von Firmen und Geschäften, die Poroschenko gehören, stets gewachsen – und damit auch sein Vermögen.

Selbst in seiner Funktion als Wirtschaftsminister verzichtete Poroschenko – trotz des krassen Interessenkonflikts – nicht auf seine Geschäftstätigkeit. Zugleich holte er eine Reihe von Geschäftsleuten in den Kreis seiner Vertrauten, die sich dank der Gunst des Ministers innerhalb kürzester Zeit von einfach nur reichen Menschen zu Oligarchen unterschiedlicher Größe mauserten. Und auch Petro Oleksijowytsch selbst hat sich in seiner Beamtenzeit von einem Superreichen zu einem wahren Oligarchen entwickelt.

So richtig in Fahrt gekommen ist Poroschenko aber erst, als er 2014 Präsident eines vom Bürgerkrieg erfassten Landes geworden ist. Die Einheimischen wissen noch, wie sich die Supermarktkette Roshen quasi über Nacht über die ukrainischen Städte legte. Sorgen um Anstand und Regeln musste sich Poroschenko als alleiniger Herr im Haus ja nicht mehr machen.

Den ukrainischen Präsidenten als einen Schokokönig zu bezeichnen, würde jedoch den falschen Eindruck erwecken, sein Geschäftsinteresse gelte ausschließlich den Süßwaren. Indes ist Poroschenko auch ein Großindustrieller, ein Waffenproduzent: Kampfpanzer zum Beispiel stellt sein Firmenimperium auch her. Einst versprochen, er werde sein gesamtes Vermögen (außer dem eigenen Fernsehsender natürlich, der dem Präsidenten mediale Rückendeckung gibt) einem Vermögensverwalter übergeben, hat Poroschenko letztlich doch alles selber behalten – einschließlich der Schokofabrik im zentralrussischen Lipezk, deren

Verkauf er zuvor den Rothschilds in Aussicht gestellt hatte.

Überhaupt beruht Poroschenkos Abneigung gegenüber dem Geld auf wundersame Weise nicht auf Gegenseitigkeit. Mit jedem Tag der Präsidentschaft wirkt der Präsident auf das Geld immer anziehender. Es ist schon bezeichnend, dass Petro Oleksijowytsch, der regelmäßig zwei Mal in der Woche mit Russland und den Russen bricht sowie alle Wirtschaftsbeziehungen mit dem „Aggressor“ verbietet, es nicht nur nicht schafft, sich von seiner russischen Schoko-Fabrik zu trennen, sondern laut Medienberichten ein weiteres Geschäft in Russland dazukaufte.

Mit welcher Dynamik der Kampf des ukrainischen Präsidenten gegen das verhasste Geld verläuft, zeigt die Statistik: Noch in der Regierungszeit Janukowitschs, als Mitarbeiter dieser „Verbrecherregierung“, schaffte es Poroschenko, sein Vermögen zu verdoppeln. Und als 2014 in Kiew die Reifen brannten und im Donbass der Bürgerkrieg wütete, vermehrte er seinen Schatz um das Siebenfache: 370 Millionen Hrywnja verdiente er in dem Jahr – gegenüber den 50 Millionen im Jahr 2013.

Über 100 Unternehmen kontrolliert Poroschenko laut Experten heute. Zu seinen Assets zählen auch Firmen in Kasachstan, Georgien und Weißrussland. In den berühmten Panama-Papers aufgetaucht, überstand der ukrainische Präsident auch diesen Skandal unbeschadet, und macht seither weiter damit, Reichtum anzuhäufen. Eine geradezu erstaunliche Dynamik hat in dieser Hinsicht Poroschenkos Internationale Investmentbank hingelegt: In nur einem Quartal 2017 stieg deren Umsatz um 198 Prozent.

Auch vom Geldausgeben versteht der ukrainische Präsident eine Menge. Sein letzter Weihnachtsurlaub auf den Malediven kostete mindestens eine halbe Million Dollar pro Woche. Wobei manche Experten annehmen, dass er für den Urlaub nicht in die eigene Tasche greifen musste, sondern großzügige Sponsoren hatte. Eben von diesen Sponsoren ist die Rede, wenn Analysten über die Vermögensentwicklung jener ukrainischen Oligarchen sprechen, für die Poroschenko angeblich nur Verachtung übrig habe.

Wobei: So einfach ist die Sache mit den Oligarchen dann doch nicht. Schließlich hat der ukrainische Präsident dem Multimilliardär Ihor Kolomojskyj die „Privatbank“ abgepresst. Aber der ist ja auch selbst schuld. Warum musste er auch unterschätzen, wie nachtragend der ukrainische Präsident sein kann, als er diesen immerzu verhöhte. Das hat er nun davon. Ganz anders verhält es sich mit Rinat Achmetow aus Donezk, dem Hauptsponsor der „Verbrecherregierung“ von Viktor Janukowitsch. Entgegen allen Erwartungen häuft Achmetow weiterhin Reichtümer an. Zwar hatte er 15 Prozent seiner Assets verloren, die in der Ostukraine geblieben sind, von der Forbes-Liste verschwunden ist er deshalb aber noch lange nicht. Ausgeklügelte Steinkohlegeschäfte ermöglichen es dem Oligarchen Achmetow, den Brennstoff bei den „Separatisten“ in den Volksrepubliken einzukaufen und nach einem dubiosen Preisschlüssel („Rotterdam plus“) abzurechnen.

Unter der schützenden Hand Poroschenkos blüht und gedeiht Achmetows Bergbaukonzern DTEK zu beidseitigem Nutzen der beiden Oligarchen: Um zehn Prozent stieg der Konzerngewinn letztes Jahr – auf 141 Milliarden Hrywnja. Und die ukrainische Bevölkerung zahlt brav die Rechnung mit den ständig steigenden Energiepreisen. Ohne die Unterstützung von ganz oben kann es so etwas in der Ukraine nicht geben.

Andere ukrainische Hofdiener folgen dem Beispiel ihres Herren in Kiew. Was dieser vormacht, lässt sich auf eine einfache Formel bringen: Gib dein Vermögen ruhig an, pfeif auf das verarmte Wahlvolk und gönn dir mal Urlaub nach Art der Superreichen – Hauptsache, du vergisst es nicht, in aller Regelmäßigkeit Phrasen über Patriotismus, Altruismus und die Hand des Kremles zu dreschen.

\*Die Meinung des Autors muss nicht mit der Redaktion übereinstimmen.

[Ukrinform.ua: IWF nennt acht Schlüsselreformen für Wirtschaftswachstum in der Ukraine](#)  
[Für die Gewährleistung eines stabilen Wirtschaftswachstums habe die Ukraine acht](#)

Schlüsselstrukturreformen eingeführt, sagte der ständige Vertreter des Internationalen Währungsfonds in der Ukraine (IWF), Jost Ljungman, während seiner offenen Vorlesung für die Studierende der Nationalen Wirtschaftsuniversität in Ternopil, berichtet ein Ukrinform-Korrespondent.

Ihm zufolge gehören zu solchen Reformen die Umstrukturierung der Zentralbank, die Säuberung des Finanzsektors, die Umgestaltung des Systems der Verwaltung mit den Staatsfinanzen und der Steuerbehörde, die Pensions- und Energiereform, die Privatisierung, die Bekämpfung der Korruption sowie die Eröffnung des Bodenmarktes.

Gemeinsam ist allen diesen Reformen die Notwendigkeit, einen starken Investitionsboden für ihre Umsetzung zu haben. Daher hatte der IWF-Vertreter ein besonderes Augenmerk während der Vorlesung auf die institutionelle Wirtschaft gerichtet und die zukünftigen Ökonomen aufgefordert, diesen Beruf tiefer zu beherrschen.

„Die Bedeutung der starken und wirksamen Regierungsinstitutionen ist der Schlüssel für die Gewährleistung eines grundlegenden Wirtschaftswachstums, was durch angesehene wirtschaftliche Forschungen bewiesen ist...“, sagte Ljungman.

Dnr-news.com: Kurt Volker hat seine Bereitschaft ausgedrückt, Lugansk und Donezk nach ihrer Einnahme durch die ukrainischen Streitkräfte zu besuchen

Der US-Sonderbeauftragte für die Ukraine Kurt Volker erklärte seine Bereitschaft, Donezk und Lugansk zu besuchen, doch erst nach ihrer Einnahme durch die ukrainische Armee. Das erklärte er heute auf einer Pressekonferenz in Slawjansk.

„Ich würde mit größtem Vergnügen Donezk und Lugansk besuchen, wenn dort der Frieden und die ukrainische Kontrolle wiederhergestellt sind, wenn alles wieder Teil der Ukraine sein wird“, sagte er.

Er versicherte auch, dass er niemals die DVR und LVR anerkennen werde.

„Was ich nicht tun möchte – irgendwelche Anlässe dafür zu geben, um die sogenannten Volksrepubliken zu legitimieren, die nicht existieren sollten“, sagte Volker.



[http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-05/1526392474\\_1520760746\\_0d209a0d-da86-4ea2-8349-8fa3141844f5\\_w1023\\_r1\\_s.jpg](http://dnr-news.com/uploads/posts/2018-05/1526392474_1520760746_0d209a0d-da86-4ea2-8349-8fa3141844f5_w1023_r1_s.jpg)

de.sputniknews.com: London erläutert Visums-Verweigerung für Viktoria Skripal  
Das britische Innenministerium hat nach seinen eigenen Angaben den Visumsantrag der

Cousine der vor über zwei Monaten in Salisbury vergifteten Julia Skripal, Viktoria Skripal, abgelehnt, da dieser den Migrationsauflagen nicht entsprochen habe.

„Wir haben den Antrag auf Visumserteilung für Viktoria Skripal abgelehnt, weil dieser den Forderungen der Migrationsregeln nicht entsprochen hat“, sagte ein Sprecher des Innenministeriums am Dienstag gegenüber Sputnik.

Dabei teilte er keine Einzelheiten mit.

Anfang April hatte die britische Botschaft in Russland Viktoria Skripal ein Einreisevisum verweigert. Später soll Viktoria erneut einen Antrag eingereicht haben. Nach den Worten ihres Ehemanns, Arsenij Elifantjew, bekam sie im Mai jedoch erneut eine Absage....

Dnr-online.ru: Heute gegen 10:00 hat die ukrainische Seite das Regime der Feuereinstellung im Bereich der DFS verletzt. Mehr als eine Stunde lang haben die ukrainischen Streitkräfte das Feuer nicht eingestellt, während Ingenieure des Zivilschutzministeriums der DVR versuchten Entminungsmaßnahmen durchzuführen, um einen sicheren Zugang der OSZE-Mission und der Mitarbeiter zu gewährleisten, in der Folge konnten weder das Zivilschutzministerium der DVR, noch das Personal noch die OSZE-Mission zur Station gelangen.

Die OSZE-Mission weigerte sich den Schichtwechsels zu monitoren und begründete das mit der Verletzung des Regimes der Ruhe.

Morgen früh wird ein weiterer Versuch des Schichtwechsels unternommen unter der Bedingung, dass ein nachhaltiges Regime der Feuereinstellung eingehalten wird. In der Station arbeitet weiter die vorherige Schicht.

de.sputniknews.com: Im Fall eines Putin-Trump-Treffens: Das wird Hauptthema - Russlands Außenministerium

Russlands Vize-Außenminister Oleg Syromolotow hat das Hauptthema eines Treffens der Staatschefs der USA und Russlands, Donald Trump und Wladimir Putin, genannt, zu dessen Durchführung die beiden Seiten ihre Bereitschaft zeigen.

Das Hauptthema eines möglichen Treffens zwischen Putin und Trump wird Syromolotow zufolge der Kampf gegen den Terrorismus sein. Dabei sollten strategische Fragen eines Zusammenwirkens behandelt werden.

Ohne die Behandlung dieser Fragen ist es ihm zufolge schwierig, sich eine weitere Entwicklung der bilateralen Beziehungen vorzustellen.

Der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow hatte Anfang Mai erklärt, dass der US-Präsident Donald Trump seine Bereitschaft geäußert habe, sich mit dem russischen Staatschef Wladimir Putin zu treffen. Bislang wurden aber ihm zufolge keine weiteren Schritte unternommen. Es gebe weder Klarheit um dieses Treffen noch Kontakte.

Dnr-online.ru: Wie bereits mitgeteilt wurde, haben die ukrainischen Streitkräfte heute um 16:00 die Siedlung des Gagarin-Bergwerks in Gorlowka mit Mörsern beschossen. Es wurde aus Richtung Dsershinsk geschossen und 15 Mörsergeschosse des Kalibers 120mm abgeschossen.

In der Folge des Beschusses wurde das Gebäude der allgemeinbildenden Schule Nr. 10 im Nikitowskij-Bezirk von Gorlowka in der Komarow-Straße 34 beschädigt (die Verglasung wurde beschädigt).

Verletzt wurde niemand.

de.sputniknews.com: Moskau: Eröffnung von Krim-Brücke hat symbolische Bedeutung  
Wladimir Putin hat heute den Verkehr über die Krim-Brücke eröffnet und ist selbst über die Brücke gefahren. Dieser Tag ist laut dem Pressesprecher des russischen Präsidenten

symbolisch geworden.

Dmitri Peskow betonte, dass das Staatsoberhaupt erneut demonstriert hätte, dass sogar die ambitionsesten Pläne Realität werden können.

„Der Präsident arbeitet nach wie vor in Sotschi. (...) Der Präsident fährt über die Krimbrücke, besucht die Leitzentrale der Brücke, die den Betrieb dieser komplizierten und wichtigen Einrichtung das ganze Jahr über kontrollieren wird. Er wird über die Brücke fahren und vor den Arbeitern – den Teilnehmern des diesem Ereignis gewidmeten Meetings — auftreten“, so Peskow.

Er erinnerte daran, dass gerade der Präsident dieses Projekt initiiert hätte.

„Viele haben nicht geglaubt, dass solche Pläne in die Tat umgesetzt werden können“, schloss der Pressesprecher.

Die Brücke über die Straße von Kertsch wird die Krim und die Region Krasnodar verbinden.

Der Autoverkehr über die Brücke soll am 16. Mai freigegeben werden.

Zeitraffer-Video vom Bau der Krim-Brücke:

<iframe width="660" height="371" src="https://www.youtube.com/embed/hDbR-\_tEmr4" frameborder="0" allow="autoplay; encrypted-media" allowfullscreen></iframe>

[https://youtu.be/hDbR-\\_tEmr4](https://youtu.be/hDbR-_tEmr4)

de.sputniknews.com: EU will Armee im Eilverfahren – Polen und Ukraine außen vor

In den vergangenen Tagen haben hochrangige europäische Beamten sich mehrfach zum Thema Europaarmee geäußert. Die Hauptbotschaft lautete unisono: Europa muss bereit sein, sich selbst zu verteidigen, ohne auf die USA zu zählen – und das soll möglichst schnell geschehen, schreibt der russische Politologe Geworg Mirsajan in einem Beitrag für Sputnik. Die EU-Außenbeauftragte Federica Mogherini hatte auf einer Konferenz in Florenz am Freitag mitgeteilt, dass sich die Welt in einem Chaos befinde und Europa eine Berufsarmee brauche. Am Tag darauf hieß es im Podcast der Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass die EU bereits riesige Fortschritte bei der Militärkooperation erreicht habe.

Das Konzept zum Aufbau einer europäischen Armee besteht bereits seit den 1950er Jahren.

Die gemeinsame Verteidigungspolitik ist im Lissabon-Vertrag festgeschrieben. Doch noch Jahrzehnte haben diese Pläne de facto nur auf dem Papier existiert – bei einer lebendigen und handlungsfähigen Nato und der unbestrittenen US-Hegemonie.

Nach dem Machtantritt Donald Trumps änderte sich die Situation schnell. Bereits im November 2017 verabschiedete die gesamte EU (außer Großbritannien, Dänemark und Malta wegen seines neutralen Status) eine Roadmap für die Sicherheitskooperation Pesco (Permanent Structured Cooperation). Das Projekt sieht eine umfassende Kooperation zwischen den Ländern im Militärbereich vor, darunter die Unifizierung und Harmonisierung der Verteidigungsstrategien, die Bereitstellung von Militäreinheiten für Sonderoperationen und die Bereitschaft für gemeinsame Missionen. Zudem setzen einzelne Gruppen der Mitgliedsstaaten Partnerschaftsprojekte zur Schaffung einer gesamteuropäischen Verteidigungsinfrastruktur um, beispielsweise das Medizinische Kommando (eingesetzt durch Italien, die Niederlande, Rumänien, die Slowakei, Spanien und Schweden unter der Führung Deutschlands) bzw. ein spezielles Krisenzentrum (daran arbeiten Frankreich, Deutschland, Italien, Spanien und Zypern).

Das Thema Europaarmee spielt bei den Auftritten der europäischen Staats- und Regierungschefs keine nebensache Rolle mehr. Die Staats- und Regierungsoberhäupter und hochrangige EU-Beamten sowie EU-Kommissionspräsident Jean Claude-Juncker sprechen davon, dass die Verteidigungssouveränität Europas eine unvermeidliche Angelegenheit sei.

Der Ausstieg der USA aus dem Atom-Deal mit dem Iran fördert diesen Prozess. Wie der ehemalige deutsche Außenminister Sigmar Gabriel sagte, wird die EU „als einziger Vegetarier in der Welt der Fleischfresser“ nicht funktionieren.

Im Ergebnis wird bereits direkt gesagt, dass sich Europa bei Sicherheitsfragen nicht mehr auf die USA verlassen kann. Kanzlerin Merkel verweist darauf, dass am Rande Europas zahlreiche Konflikte zu erkennen seien, die die Sicherheit der Union bedrohen. Dabei gehe es um unmittelbare Bedrohungen – die USA hätten bereits ihre Unfähigkeit gezeigt, die eigenen Verbündeten vor ihnen zu schützen.

Man darf in diesem Zusammenhang nicht vergessen, dass es gerade die Europäer waren, die unter den US-Erfolgen im Nahen Osten zu leiden haben – sie mussten den Flüchtlingsansturm aus Syrien und Libyen bewältigen. Europa wurde auch von den blutigsten Terrorattacken des Islamischen Staates (IS)\* in diesem Jahrzehnt erschüttert. Zur Erinnerung: Der IS war nach der siegreichen Irak-Invasion der USA entstanden.

Ferner gibt es noch die im Chaos befindliche Ukraine, die weniger prowestliche Türkei und den palästinensisch-israelischen und iranisch-israelischen Konflikt – an der Zuspitzung an all diesen Orten sind die USA unmittelbar beteiligt.

Die Amerikaner sind aus verständlichen Gründen nicht darüber erfreut, dass die Europäer nun Kurs auf eine Verteidigungsunabhängigkeit nehmen. Aus Washington sind Warnungen an die europäischen Partner zu hören, die Sicherheit nicht zu zerstückeln. Als Antwort darauf wurde in Brüssel bekräftigt, dass die Pesco die Nato nicht ersetze, sondern sich auf das gemeinsame Reagieren auf lokale Krisen konzentriere, wobei der strategische Schutz Europas der Nato überlassen werde. Allerdings zweifeln die Amerikaner trotzdem daran. Laut Katie Wheelbarger, einer Assistentin des US-Verteidigungsministers James Mattis, werden die USA das europäische Verteidigungsprojekt unterstützen, solange es nicht die Nato schwächen wird. Zudem gefalle es Washington nicht, dass Pesco zur Protektionsmaschine der EU werde, so die US-Botschafterin bei der Nato, Kay Bailey Hutchison. Denn der gemeinsame europäische Verteidigungsbau werde zum Rückgang der Lieferungen von US-Waffen an Europa führen – das heißt, auch zu Verlusten bei Waffenfirmen der USA.

Mehrere wichtige Verteidigungsfragen sind bislang ungeklärt. So strebt Deutschland eine aktive Beteiligung möglichst vieler Mitgliedsstaaten am Aufbau der Verteidigung an. Doch einige EU-Länder sind zur Verteidigungsintegration einfach nicht bereit und werden sie de facto sabotieren. Die Rede ist vor allem von osteuropäischen Ländern, die zwar einen bedeutenden Teil der Mittel aus gemeinsamen Fonds bekommen, sich politisch aber strikt nach den USA richten. Zum Beispiel Polen, das direkt sowohl mit Brüssel als auch mit Berlin auf Konfrontationskurs geht.

Zudem muss Europa moralisch dazu bereit sein, Militäroperationen ohne die Teilnahme der USA durchzuführen. Ja, die Franzosen haben damit mehr oder weniger Erfolg (Operation in Mali), doch ihre Handlungen finden nicht entgegen der Interessen der USA, sondern eher nach Absprache mit ihnen statt.

Allerdings liegt die Tendenz auf der Hand: Wenn der Prozess abgeschlossen wird, werden die größten Verlierer die Staaten sein, die sich auf die US-Weltordnung verlassen haben — also proamerikanische Osteuropäer wie Polen und postsowjetische Republiken, die unter den Nato-Schutzschirm gelangen wollen, wie Georgien und die Ukraine.

Doch zu dem Zeitpunkt, an dem sie unter diesen Schutzschirm theoretisch gelangen, kann er sich einfach schließen.

**Lug-info.com: „Die ukrainischen Streitkräfte halten das Regime der Feuereinstellung nicht ein. Am 15. Mai tagsüber hat die diensthabende Schicht der LVR im Gemeinsamen Zentrum zur Kontrolle und Koordination drei Verletzungen des Regimes der Feuereinstellung von Seiten der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Troizkoje und Nowoswanowka auf die Positionen der Volksmiliz im Gebiet von Wesjologorowka und Kalinowo festgestellt“, teilt die Vertretung der LVR im GZKK mit.**

**Bei den Beschüssen haben die Kiewer Truppen Mörser des Kalibers 120mm, Schützenpanzerwaffen und Schützenpanzerwagen, großkalibrige Maschinengewehre**

verwendet.

Schäden oder Tote und Verletzte unter der Zivilbevölkerung wurden nicht festgestellt.

de.sputniknews.com: **Zwei RIA-Novosti-Journalisten in Kiew festgenommen - Moskau verspricht Antwort**

Der ukrainische Inlandsgeheimdienst SBU hat am Dienstag zwei Mitarbeiter der Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine in Kiew festgenommen. Wie der Kreml-Sprecher Dmitri Peskow mitteilte, wird Russland zweifelsohne darauf reagieren. Vorerst sollen jedoch mehr Informationen über den Vorfall gesammelt werden.

„Wir werden natürlich Gegenmaßnahmen treffen, um aber von etwas Konkretem zu sprechen, sollten wir mehr Details in der Hand haben“, sagte Peskow. Bislang sei nur bekannt, dass die Freiheit der Journalisten – des Büroleiters von RIA Novosti Ukraine und einer weiteren Mitarbeiterin – eingeschränkt sei.

„Die beiden sind unerreichbar“. Moskau werde energisch agieren und „die Interessen russischer Massenmedien maximal schützen“.

Die RT- und Sputnik-Chefin Margarita Simonjan verbindet die Bestürmung des Büros der Nachrichtenagentur in Kiew durch ukrainische Sicherheitskräfte mit der heutigen Eröffnung der Krim-Brücke.

„Kiew beschloss, sich an uns wegen der Krim-Brücke zu rächen“, schrieb Simonjan via Twitter. „Sie sind in unser Büro eingebrochen, die Mitarbeiter sind nicht erreichbar, die Webseite wird nicht upgedated, Handys sind blockiert.“

Später wurde bekannt gegeben, dass der Büro-Chef Kirill Wyschinski zurzeit unter Anwesenheit seines Anwalts von ukrainischen Sicherheitsdiensten verhört wird. Das Büro wird bereits seit über vier Stunden durchsucht. Das Außenministerium in Moskau kritisierte die Maßnahme als „Willkür“.

[Ukrinform.ua: Generalstaatsanwalt Luzenko über über Durchsuchungen bei RIA Novosti Ukraine: Bekämpfung der antiukrainischen Tätigkeit](#)

[Die Staatsanwaltschaft der Autonomen Republik Krim und des Sicherheitsdienstes SBU sind zur aktiven Phase der Bekämpfung der antiukrainischen Tätigkeit der russischen Medienstruktur übergegangen.](#)

[Das schrieb der Generalstaatsanwalt der Ukraine, Juri Luzenko, auf seiner Facebook-Seite. Die Ermittler hätten Beweise für die „von dieser Struktur \(RIA Novosti Ukraine – Red.\) gut bezahlten antiukrainischen Attacken, die Beteiligung der Staatsbürger Ukraine, die zugleich die russische Staatsbürgerschaft erhielten, an diesem Desinformations-Krieg“. Die Handlungen dieser Personen fallen laut Luzenko unter den Tatbestand Landesverrat.](#)

[Der SBU und die Staatsanwaltschaft Krim hatten heute das Büro der russischen Nachrichtenagentur RIA Novosti Ukraine in Kiew durchsucht und den Leiter des Büros Kirill Wyschinski festgenommen. Der Sprecher des russischen Präsidenten Putin, Dmitri Peskow, kündigte Vergeltungsmaßnahmen an.](#)

de.sputniknews.com: Botschaft: Seppelt in Russland weiter unerwünscht – Einreise ausnahmsweise erlaubt

Die russische Botschaft in Berlin hat am Dienstag bestätigt, dass ARD-Dopingexperte Hajo Seppelt nach Russland einreisen darf. Es handle sich jedoch um eine Ausnahme: Der Deutsche gelte in Russland weiterhin als unerwünschte Person, hieß es.

Herrn Seppelt sei bereits am 7. Mai ein Einreisevisum ausgestellt worden – für die Berichterstattung zur Fußball-Weltmeisterschaft, teilte ein Pressesprecher der Botschaft mit. Er verwies darauf, dass Seppelt auf Beschluss eines russischen Gerichts „auf die Liste unerwünschter Personen“ gesetzt worden sei. Deshalb sei dem ARD-Mann diesmal die Reise

nur ausnahmsweise erlaubt worden, und zwar aus Anlass der Fußball-Weltmeisterschaft und der Akkreditierung durch den Weltfußballverband Fifa.

Der Gerichtsbeschluss gegen Seppelt sei weiter in Kraft und es sei das souveräne Recht Russlands, unerwünschten Personen die Einreise zu verweigern, betonte der Sprecher und verwies auf Ausweisungen russischer Journalisten aus dem EU-Land Lettland und auch aus der Ukraine.

Der Botschaftsvertreter versicherte, dass Seppelt, der sich bis zum 25. Juli 2018 in Russland aufhalten dürfe, „keine Hindernisse für die Ausübung der journalistischen Tätigkeit“ in den Weg gelegt würden....

Ukrinform.ua: Erklärung: Außenministerium warnt vor Reisen zur WM nach Russland  
Das Außenministerium der Ukraine empfiehlt den Ukrainern, nicht zur Endrunde der Fußball-Weltmeisterschaft in Russland zu reisen.

In einer am Dienstag veröffentlichten Erklärung heißt es, dass ein Aufenthalt der ukrainischen Staatsangehörigen in Russland mit einer Gefahr für persönliche Sicherheit verbunden ist. „Russische Sicherheitsbehörden und Straforgane praktizieren Festnahmen und Spionage- und Terrorismusvorwürfe und begehen weitere Provokationen gegen Ukrainer“, so die Erklärung. Laut dem Außenministerium verletzt Russland das Wiener Übereinkommen über konsularische Beziehungen und schränkt den Zugang der Diplomaten und Rechtsanwälte zu den festgenommenen Bürgern der Ukraine ein oder verweigert ihn ganz. „Die Möglichkeiten des konsularischen Schutzes für die Staatsangehörige der Ukraine sind derzeit auf dem Territorium des Aggressorlandes begrenzt.“

Das Außenministerium betonte weiter, dass die russische Propaganda-Hetze gegen Ukrainer ein zusätzliches Risiko für die Bürger darstelle. Die Ukrainer könnten Opfer der Aggression der russischen Fans werden, die meistens anti-ukrainisch orientiert seien.

Das Ministerium rief in der Erklärung die Partner im Ausland zum politischen Boykott der Endrunde der Weltmeisterschaft auf. Die Nichtteilnahme von offiziellen Delegationen werde eine wichtige Demonstration der internationalen Solidarität gegen die aggressive Politik Russlands, Verbrechen gegen Menschenrechte und Verstöße gegen Völkerrecht sein.